



Eingang
17.08.05 We

Landesrechnungshof Postfach 3180 24030 Kiel

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus

24105 Kiel

Nachrichtlich:

Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64

24105 Kiel

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
Pr 1325/2002

Telefon (0431) 6641-3
Durchwahl 6641-457

Datum
12. August 2005

Personalmanagement- und -informationssystem PERMIS

hier : a) Beratung in der 5. Sitzung des Finanzausschusses am 11.08.2005

b) Beratung in der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung
am 11.08.2005

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 16 / 151

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wegen der offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Personalmanagement- und -informationssystem PERMIS haben Sie den Landesrechnungshof in der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung am 11.08.2005 gebeten, einen Fragenkatalog als Grundlage für die weiteren Beratungen im Finanzausschuss und in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung zur Verfügung zu stellen.

Der Landesrechnungshof hat sich seit dem Projektbeginn vor 10 Jahren wiederholt mit dem Verfahren PERMIS befasst und in den Bemerkungen 2001 (Tz. 12), 2003 (Tz. 10) und 2005 (Tz. 18) berichtet. Das Reformvorhaben der Landesregierung, ein modernes Personalmanagement- und -informationssystem zur Verfügung zu stellen, setzt die Integration der einzelnen PERMIS-Produkte voraus. Dabei bildet PERMIS-Verwaltung einen wesentlichen Kernbereich. Die in PERMIS-Verwaltung festgestell-

ten Verzögerungen bei der Bereitstellung neuer Verfahrensteile und die immer noch ausstehende Integration führen dazu, dass den erheblichen Investitionen bisher kein adäquater Gegenwert gegenübersteht, der durch Veränderungen im organisatorischen Ablauf zu erzielen wäre.

Der Finanzausschuss teilt die Prüfungsfeststellungen des LRH (siehe Votum zum Bemerkungsbeitrag Nr. 10 in den Bemerkungen 2003 -Drucksache 15/2985-). Er hat sich in der Vergangenheit mehrfach die Freigabe gesperrter Haushaltsmittel vorbehalten.

Das Finanzministerium hat angekündigt, das Projekt PERMIS als Mehrländerkooperation neu auszurichten, Veränderungen in bestehenden Verfahrensteilen nur bei zwingender gesetzlicher oder tariflicher Notwendigkeit durchzuführen und die Wirtschaftlichkeit von Verfahrenserweiterungen nachzuweisen.

Die angestrebte 5-Länderkooperation ist gescheitert. Die Wirtschaftlichkeit der bisher durchgeführten Verfahrenserweiterungen wurde nicht nachgewiesen.

Die Beantwortung der nachstehenden Fragen ist ausschlaggebend für die Entscheidung über die Weiterentwicklung eines integrierten Personalmanagement- und informationssystems:

- **Mehrländerkooperation**

- Sind neben der Freien und Hansestadt Hamburg weitere Bundesländer für eine Kooperation vorgesehen?
- Liegt ein konkreter Zeit- und Maßnahmenplan für die Auswahl eines gemeinsamen Personalabrechnungs- und -verwaltungsverfahrens vor?
- Zu welchem Zeitpunkt soll ein gemeinsames Verfahren eingeführt werden?
- Welche Maßnahmen werden von der Projektsteuerung vorgesehen, um weitere Verzögerungen zu verhindern?
- Gibt es Vorstellungen, zu welchem Zeitpunkt der unwirtschaftliche Parallelbetrieb von mehreren Personalverfahren beim gemeinsamen Dienstleister Dataport eingestellt wird?

- **Aufbau- und Ablauforganisation der Personalverwaltung**

- Wurden die organisatorischen Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung in den Personalverwaltenden Stellen untersucht und bewertet?
- Wurden die organisatorischen Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung im Landesbesoldungsamt untersucht und bewertet?
- Wurden die organisatorischen Auswirkungen auf die künftige Aufgabenwahrnehmung in einer länderübergreifenden Organisationseinheit („gemeinsame Behörde“) untersucht und bewertet?
- In welcher Weise und in welchem Umfang sind die Erfordernisse der schleswig-holsteinischen Kommunalverwaltungen und die Vorstellungen des Bundes zur wirtschaftlichen Organisation des Familienleistungsausgleichs (Kindergeld) berücksichtigt worden?

- **Sicherstellung des laufenden Verfahrensbetriebs PERMIS**

- Werden über die gesetzlich und tarifrechtlich erforderlichen Anforderungen hinaus Verfahrensanpassungen und -veränderungen durchgeführt?
- Wenn ja, welche und von welcher Einsatzdauer der Module wird dabei ausgegangen?
- Bei welchen Geschäftsprozessen ist nach der Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss am 18.11.2004 der Wegfall der Doppelerfassung („Ablösung der sog. AP-Vordrucke“) realisiert und in den Produktionsbetrieb eingeführt worden?
- Wann und mit welchem Aufwand ist der vollständige Wegfall der Doppelerfassung vorgesehen?

- **Wirtschaftlichkeit der Verfahrensentwicklung**

- Liegen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die in den Jahren 2004 und 2005 entwickelten Verfahrensmodule vor?
- Liegen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die noch im Jahr 2005 vorgesehenen Verfahrensmodule, z. B. Schichtdienstmanagement der Polizei, vor?
- Reichen auch unter Berücksichtigung des Entwurfs zum Nachtragshaushalt 2005 - Drucksache 16/177 - (Reduzierung des Ansatzes um 180 T€ im Rahmen der Auflösung der globalen Minderausgabe des Einzelplans 09) die dann noch

verfügbaren Mittel aus, um die im Jahr 2005 vorgesehenen Arbeiten durchzuführen?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Altmann', with a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Aloys Altmann